

Danziger Zeitung.

Nr 18161.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstraße Nr. 2, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Deutsche freisinnige Partei!

Parteigenossen! 20 freisinnige Abgeordnete sind gewählt und noch 60 freisinnige Kandidaten befinden sich in Stichwahlen. Es ist hierdurch begründete Aussicht vorhanden, dass die freisinnige Partei im Reichstag zu verdoppeln, wenn überall bei den Stichwahlen kräftig vorgegangen wird. Aber in vielen neuen Wahlkreisen sind die Geldmittel erschöpft und unser Centralwahlkampf ist nach der Ausdehnung, welche die Wahlbewegung genommen, außer Stande, überall zureichende Unterstützung zu gewähren. Deshalb bitten wir alle Freunde dringend, sofort Beiträge zu unserem Centralwahlkampf an den Schahmesser desseidens, Herrn Abgeordneten Hugo Hermes, Berlin C, Neue Promenade 3, oder an Herrn Hugo Hinze, Berlin W, Potsdamerstraße 136/137, einsenden zu wollen. Quittung erfolgt durch die „Parlamentarische Correspondenz“, auf Wunsch unter Chiffre.

Geschäftsleitender Ausschuss der deutschen freisinnigen Partei.
Th. Barth. Hugo Hermes. Ludolf Parissius. Eugen Richter. Richter. Gräder.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Febr. (Privateleger.) Das Centrumsorgan „Germania“ sagt, wenn die Cartellparteien bei allen Stichwahlen siegeln, hätten sie wieder die Mehrheit. Dazu beizutragen würde für das Centrum Selbstmord sein. Das Cartell müsse bei den Stichwahlen gründlich vernichtet werden. Die „Germania“ gibt folgende Stichwahlparole aus: Wir unterstützen die Polen, Hannoveraner, ehrlichen Conservativen und Linksliberalen allenfalls gegen das Cartell und lassen, wo unsere beiden bösesten Feinde, die Nationalliberalen und Socialdemokraten, mit einander ringen, diese ihren Strauß allein aussiechen.

Kaiserslautern, 25. Febr. (Privateleger.) Vielerorts laufen Nachrichten über großartige Wahlbeeinflussungen ein. Miquels Wahl (derselbe ist in Kaiserslautern mit 18 Stimmen Mehrheit als gewählt proklamiert) wird angefochten.

Paris, 25. Febr. (W. L.) Der Herzog von Orleans ist nach Clairvaux übergeführt worden. London, 25. Februar. (W. L.) Bei der Abredabedeute im Unterhaus brachte Graham ein Amendment ein betreffs Erörterung der Beschränkung der Arbeitsstunden auf der Berliner und Berner Konferenz. Der Unterstaatssekretär Ferguson erklärte, da die Regierung Einladungen von Deutschland und der Schweiz erhalten habe, könne das Amendment jetzt nicht berathen werden, indem weitere Unterhandlungen nötig seien und die Einladungen einer Modifizierung unterworfen werden könnten; die Schweiz habe angesichts der beabsichtigten Berliner Konferenz das Abhalten der Berner Konferenz verschoben. Die Regierung habe auf die Einladung Deutschlands in keinem unsympathischen Geiste geantwortet, dieselbe müsse jedoch das Amendment bekämpfen, da es die Hände der Regierung binden würde. Das Amendment wurde darauf mit 198 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Madrid, 25. Febr. (W. L.) Der König ist leicht erkältet und hütet das Zimmer.

Stadt-Theater.

Die erste diesjährige Aufführung von „Fra Diavolo“ mit Herrn Lederer als Gast in der Titelrolle ging gestern in Scène, und wie hatten auf diese Weise das besondere Vergnügen, in dieser Oper einmal beide Tenor-Partien von schönen wohlgeschulten Sämmen gesungen zu hören. Als Ganzes war die Vorstellung ausnehmend frisch und flott; der feste einheitliche Zug der Orchesterleitung ist hier, wo auch die Cantilene nirgends sich recht ausbreitet, der angebrachte. Zuletzt hatte man den Eindruck wie von einem beständig funksprühenden, unerschöpfl. dünnen Feuerwerk in Tönen, — in den beständig roschten Tempi kam die orchesterale Detailarbeit dennoch zur Geltung, und es war wirklich Aubert, der unvergleichlich geistreiche Componist, der durch den Dirigentenstab des Herrn Niehaupt wie in den Leistungen der Sänger zu uns gesprochen hatte; denn leckere hingen dem leicht beweglichen Werk nirgends ein Gewicht an, wie Unsicherheit oder ein Verkennen des französischen Charakters der Musik es so leicht thun, indem sie auch einen guten Dirigenten außer Stimmung seien. In dieser Beziehung machte die gestrigie Aufführung den Eindruck der Vollkommenheit, weit über die vorjährige hinaus. Andererseits bewirkt dieser uniforme nur eben „geistreiche“ Charakter des Werkes — so einzig es in dieser Art auch ist — dass es allzu schnell nicht nur im Theater, sondern auch im Innern des Hörers verrauscht; das Feuerwerk ist vorüber, man hat sich amüsiert, geht nach Hause und — vergibt, trotzdem man das Gefühl minnimmt: welcher Zweck, wenn nicht Rosini, vermöchte eine solche sprudelnde, springende Fluth des Geistreichen vor uns auszuschütten? Vielleicht wäre der Eindruck bleibender, wenn die Handlung als wahrer empfunden würde. Noch abgesehen davon, dass das Romische, das Burleske und das gress Grotteske in ihr

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. Februar.

Die offiziellen Wahlresultate entsprechen, soweit sie bisher an der Centralstelle in Berlin eingegangen sind, im großen und ganzen den bisherigen privaten Ermitelungen. Heute Vormittag ging uns hierüber folgende Depesche zu:

Berlin, 25. Februar. (W. L.) Von den offiziellen Wahlresultaten sind bisher 388 bekannt. Die Zahl der Stichwahlen beträgt bisher 141; gewählt sind 51 Conservative, 14 Reichspartei, 16 Nationalliberalen, 91 Centrum, 21 Freisinnige, 20 Socialisten, 14 Polen, 2 Wilde, 11 Elsässer, 2 Demokraten, 1 Däne, 3 Welsen, 1 Antisemit. Zur Stichwahl stehen: 30 Conservative, 19 Reichspartei, 72 Nationalliberalen, 20 Centrum, 62 Freisinnige, 54 Socialisten, 5 Polen, 10 Demokraten, 7 Welsen, 3 Antisemiten.

Es fehlen demnach noch 9 Resultate. Wenn die Zahl der Stichwahlen, bei welchen Freisinnige beteiligt sind, sich hierdurch etwas geringer stellt, als es gestern schien, so kommt das einmal daher, dass ein Freisinniger gewählt ist, den man in Stichwahl wähnte, das ferner die Parteistellung bei einem oder zwei Stichwahlkandidaten, wie z. B. Wissner-Jena, offiziell zwar nicht freisinnig, aber doch so ist, dass der Betreffende bei den freisinnigen Partei hospitieren würde; ferner fällt Oderbarnim fort, wo der freisinnige Althaus in Stichwahl gekommen zu sein schien, während nun doch der Conservier gesiegt hat, aber nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit, so dass die Wahl wohl mit Erfolg wird angefochten werden.

Wir lassen hier nachstehend noch tabellarisch eine Uebersicht der Parteistellung der Gewählten folgen, wobei wir sowohl die Stärke der Partei am Schlusse des Reichstages, wie die Ziffer der Stichwahlen beifügen, an denen die Partei bisher beteiligt ist:

	jetzt	Mandatsstärke	Stichwahl-	gewählt im Reichstage	beteiligung
Deutschconserv.	51	77	30		
Reichspartei	14	39	19		
Nationalliberal.	16	98	72		
Deutschfreis.	21	36	62		
Centrum	91	104	20		
Welsen	3	1	7		
Polen	12	13	5		
Socialdemokr.	20	11	54		
Volkspartei	2	1	10		
Dänen	1	1	0		
Antisemiten	1	1	3		
Elsässer	11	14	0		
Wilde	2	4	0		

Die Stärke der Freisinnigen.

Don Freisinnigen sind bis jetzt endgültig gewählt: 1. Dr. Bamberger, Bingen-Alsen, 2. Dr. Barth, Hirschberg, 3. Dr. Baumbach, neu gewählt in Meiningen-Hildburghausen (bisher nationalliberal), 4. Dr. Dohrn, neu gewählt in Schweinitz-Wittenberg (bisher conservativ), 5. Harmening, neu gewählt in Eisenach (bisher conservativ), 6. Dr. Hermes, Landeshaupt-Jauer, 7. Jordan, neu gewählt in Grünberg-Freystadt (bisher Reichspartei), 8. Kaufmann, neu gewählt im Dillkreis (bisher conservativ), 9. Koch, neu gewählt in Ostpreußen (bisher conservativ), 10. Lorenzen, Schleswig, 11. Lüders, Görlitz-Lauban, 12. Maeger, Glogau, 13. Münch, Bielefeld-Lüdinghausen, 14. Packnick-Berlin, neu gewählt in Parchim-Ludwigslust (bisher conservativ), 15. Eugen Richter, Hagen, 16. Schenk, Wiesbaden, 17. Schütte, neu gewählt in Halberstadt-Goslar (bisher nationalliberal), 18. Träger, Barel-Tever, 19. Uhendorf, neu gewählt in Lippe (bisher nationalliberal), 20. Witt, neu gewählt in Landsberg-Soldin (bisher conservativ), 21. Hache, neu gewählt in Kurfürst (bisher nationalliberal).

Der lange Rede kurzer Sinn ist: „Fort mit dem Wahlrecht“. Aber das ist schließlich noch

Die freisinnige Partei hat, wie aus dieser Auszählung ersichtlich, am 20. Februar 11 neue Sitze gewonnen und 10 behauptet; dagegen hat sie 4: Bremen (Dr. Bulle), Halle a. S. (Dr. A. Meyer), Hanau (Michel), Greifswald-Barmann (Aohl) verloren. In den übrigen früheren 22 Sitzen stehen freisinnige Kandidaten zur Stichwahl ebenso wie bekanntlich in einer großen Anzahl neuer und zwar in je 10 Fällen gegen Deutschconservative und die Reichspartei, in 25 gegen Nationalliberalen, in 14 gegen Sozialdemokraten, in 1 gegen einen Ultramontanen und in 2 gegen Antisemiten.

Mit Genugthuung erfüllt uns, diesem Stande der Dinge gegenüber, das Verhalten der Cartellpresse, die sich krampfhaft bemüht, die Erfolge der Freisinnigen zu verdunkeln und zu verdecken; namenlich geberdet sich die „National-Zeitung“ dabei auf das komische. Gleich als ob sie noch immer an der Spitze von 100 Mann marschierte, und mit Grandezza die Thatsache ignorirend, dass ihre eigene Partei von ihrem bisherigen Besitz — wie gewonnen so zerissen — nur erst 16 gerettet hat, verböhnt sie die Freisinnigen; der angebliche „Erfolg“ derselben, meint das Renegatoblatt, imponire den Nationalliberalen durchaus nicht, „weder im Hinblick auf die voraussichtliche künftige Bedeutung der Fraktion im Reichstag, noch im Hinblick auf die Mittel, mit denen der Erfolg“ errungen worden.“ In der freisinnigen Presse im Lande begonnen bereits melancholische Betrachtungen. Die „National-Zeitung“ spricht von bänglichen Beobachtungen deutsch-freisinniger Sieger. Jeder Aussicht des fortschritten Liberalismus gefährde oder schädige die liberalen Interessen. Risum tonatis amici!

Weg mit dem Wahlrecht, fort mit der Verfassung!

Das ist allen Ernstes das Schlagwort, welches jetzt einige cartellparteiliche Organe, auch nationalliberal, ausgeben möchten. Wir haben schon neulich zu erwähnen gehabt, wie die „Hamburger Nachrichten“, eine große Leuchte im Bereich der nationalliberalen Presse, angefischt des Wahltausfalls ihrem Missmut über das Reichstagswahlrecht Ausdruck gegeben haben. Das Hamburger Cartellblatt spinnt nun diesen Faden weiter und schreibt u. a.:

„Es hat sich der Arbeiterpartei ein stürmischer Großaufschwung bemächtigt, welcher sie aus ohne zwangende Not zu antreibt, mindestens am Wahltag der verhakt Bourgeoisie den Fuß auf den Nacken zu legen. Es ist — läuschen wir darüber nicht! — das revolutionäre Gefühl schlechthin, das am Wahltag in dem Freuden geschrei der siegreichen Sozialdemokratie seinen Ausdruck findet... Mit dem Nachweis aber, dass das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen nicht sowohl der Junahme der Unzufriedenheit als der im Wahlrecht wurlzelnden Agitation zu zuschreiben ist, wird die Auffassung, dass eine früher oder später nothwendige Änderung des Wahlgesetzes eine injuriogene Wirkung haben müsse, in ihrer Richtigkeit wesentlich eingeschränkt.“ Wenn doch einmal eine Krise unvermeidlich, müsse alles willkommen sein, was dazu führe, dass bald zu überwinden. Die Änderung des Wahlrechts würde nicht sowohl indirekt „durch die Junahme der sozialistischen Mandate, als durch die Junahme der sozialistischen Stimmung in der Arbeiterschlörkerung, welche aus der Wahlbewegung auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts ihre Hauptnahrung zieht.“ Das allgemeine Wahlrecht habe seine Schuldigkeit gethan, indem es das Reich habe popularisiren helfen. „Wenn die Schattenseite einer Einrichtung die guten Folgen zu überwiegen beginnen, ist es Pflicht, mindestens zu prüfen, ob die Einrichtung dem Bedürfnisse der Gegenwart noch entspricht.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist: „Fort mit dem Wahlrecht“. Aber das ist schließlich noch

sehen? Die alte Oper freilich scheint diese trostlose Unmöglichkeit fast zu beweisen — den Zweifel an der Möglichkeit des besseren Gegenthells, falsch, wie er dennoch ist, soll die Kritik aber nicht aufkommen lassen.

In der Titelrolle bewährte Herr Lederer gestern die bereits von uns gewürdigten Eigenschaften als Sänger vollaus, seine Barcarole war gesanglich von süßestem Liebreiz, in der großen Monolog-Szene hörten wir ein besonders meisterlich gebrauchtes Falsett in der Nachahmung der Mädchenstimme; dagegen machte anderwärts ebendaselbst sich ein gewisser Mangel an Festigkeit der Tonbildung, wodurch durch einige Indisposition herbeigeführt, hörbar. Bei aller Anerkennung der hohen gesangstechnischen Vorzüge der Aufführung können wir aber nicht umhin, eine gewisse salonnähnliche Neuerlichkeit der Aufführung in der Partie wie auch in der Rolle zu constatiren: die Konzerte, besonders aber die Konzerte war bis auf die nothwendigsten pianissimi in der Nachszene im ganzen Stück dieselbe, und in mimischer Beziehung sind wir auch hier geradezu gewohnt, den Fra Diavolo markanter, innerlich lebendiger zu sehen: wie hätte man dem Marquis im ersten Akt seinem Gedanken nach wohl glauben sollen, dass er nicht ein Marquis, sondern ein Räuber ist? Das Wesen der komischen Oper, zumal der Räuber in dieser Oper eine beschränkte und verließene Engländerin vor sich hat, lässt dem Darssteller hier alle erwünschte Freiheit, den Fra Diavolo für den Zuschauer mehr auf den Räuber hin zu spielen, wenn er nur will. Ein eigenlicher häuslicher Ausbau war auch in der Soloscene zu vermessen, und vollends die Todesscene, in welcher Herr Lederer den Sturz kaum noch sichtbar, sich hinter der Szene ausführte, — so dass man ebenso gut glauben konnte, der Räuber sei entkommen — war eine Abfindung nicht nur des Zuschauers, sondern auch mit dem Geiste der Scene. Das Ganze war wie ein Bild in Wasserfarben, an

zahm gegen das, was ein anderes Cartellblatt verlangt.

Die reactionär - antisemittische „Pommersche Reichspost“ versucht den sozialdemokratischen Wahlerfolg auszunutzen, um den Kaiser an die geistliche Mission der Hohenjollen zu erinnern, „Glauben zu gründen und deren Verfassung im fortwährenden Sinne der Zeit zu entwickeln“. Was unsere pommerschen Junker darunter verstehen, ergiebt sich aus folgenden bemerkenswerten Sätzen:

„Unser Kaiser hat mit seinem hohen Geiste die ihm zufallende Mission als Reformator bereits erfasst und in seinen Erlassen vom 4. Februar d. J. urbi et orbis verhinkt. Um diese Mission zu erfüllen, bedarf der Kaiser des unbedingten Vertrauens der von dem wirklichen Stande bedrohten Gesellschaftsklassen. Die alten Römer haben für kritische Zeitsüchte unter Suspensionsierung der Kontrolle der geordneten Gewalten die Dictatur eingeschafft. Die Dictatur des Kaisers wird es sein, welche allein dem Ansturme der Sozialdemokraten zu widerstehen und den Staat zu retten vermag.“

Also Abschaffung des Wahlrechts, Abschaffung der Verfassung — eine dringende Mahnung mehr für alle diejenigen, die es mit der Bewahrung unserer Volksrechte ernst meinen, bei den Stichwahlen auf der Hut zu sein und der Kandidaten Herz und Nieren sorgfältig auf diesen Punkt hin zu prüfen. Das muss und wird in vielen Fällen schon allein ausschlaggebend sein. Diese Stimmen kommen, wir wiederholen es, aus dem Cartell, vom rechten und vom linken Flügel desselben. Das erleichtert den Wählern die Wahl am 1. März natürlich da wesentlich, wo man durch allerlei „nationale“, confessionelle und sociale Gesichtspunkte den eigentlichen politischen Kernpunkt zu verdecken und ihr Urteil zu trüben sucht.

Doppeltes Spiel.

Auf der einen Seite versichern die Cartellparteien hoch und heilig, unter allen Umständen bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie einzutreten zu wollen, auf der anderen wirken sie bezüglich der freisinnig-socialistischen Stichwahlen für die letztere. Pathetisch geben sie die Parole aus: „Zusammenschluss aller bürgerlichen Elemente gegen den Umsturz“ und gerathen in gewaltige stilliche Entrüstung, wenn die Freisinnigen sich nicht schleunig und mit Rührung in die geöffneten Arme der „Mittler“ zur Rechten stürzen. Diese Declamationen sind gewiss auch ganz ehrlich gemeint, aber — wohlgekennzeichnet, so weit es sich um Stichwahlen handelt, bei denen Cartellparteien und Sozialdemokratien sich gegenüberstehen. Da wäre es den ersten sicherlich recht angenehm, wenn die Freisinnigen sich mit ganzer Kraft vor den Cartellwagen spannen und ihn mit stot machen würden. Aber ganz anders wird das Bild, und daran haben wir von vornherein nicht gewisselt, wenn die Conservativen ihr Gesicht den socialistisch-freisinnigen Stichwahlen zukehren. Da tritt es schnell zu Tage, dass jene Declarationen nichts sind als zur Hälfte eigensüchtige Taktik, zur anderen hälfte Heuchelei.

So bringt heute die „Conservative Correspondenz“, das officielle Organ der Partei und die Nähmutter zahlreicher conservativer Pressezeitungen, ein Flugblattmuster, beilebt „Auf zur Stichwahl“. In demselben wird mit großem Feuer gegen die Sozialdemokratie Front gemacht. In den Hörergrund wird der Satz gestellt:

„Ihr soll bei den Stichwahlen diesmal die Frage beantworten: Goll ein Sozialdemokrat oder ein Anhänger der bestehenden Staats- und Eigentums-Ordnung gewählt werden?“

dessen Stelle man gern eine kräftigere Stellung wahrnehmen hätte.

Die Zerline, beharrlich eine Parade-Rolle der Opern-Soubretten, sang und spielte Fr. Schatz mit großer Eleganz und Gewandtheit; sie beherrschte die Auseinandese ganz im Geiste des Stücks richtig als nicht „verfänglich“, sondern ihrerseits vollkommen naiv, das Pikante der selben zu markieren, den Misspielen überlassen. Mehr als pikant ist sie vom Gesichtspunkt französischer Weltanschauung überhaupt nicht. In den Ensembles, wo Zerline bis in die höchsten Regionen hinauf die Melodie zu führen hat, glänzte Fr. Schatz mit stets durchdringender und doch noch angenehmer Stimmlaute. Herr Lederer erzielte mit seinem Lorchen in gesanglicher Beziehung seine Romanze „Ewig will ich dich gehörn“ errang durch Innigkeit und gesangliche Schönheit des Vortrages reichen Erfolg; sein Spiel war temperamentvoll und elegant. Fr. Neuhoss spielte die Engländerin mit vieler Laune und sang sie durchweg musikalisch angenehm. Fr. Arles ließ in dem Lied alle seine bewährten Mittel spielen, ohne ihn zu übertreiben; das grösste Paar gelangte auf diese Weise vollaus in seiner unterhaltenden Wirkung, und wenn wir das Duett auf den beiderseitigen Refrain „Das will ich nicht“ besonders hervorheben, so soll dies nicht auf Kosten des Uebrigen geschehen. Den Beppo und den Giacomo spielten und sangen die Herren Schnecke und Dötzig fast etwas zu stark im Operettentitel, aber mit vielem Witz und entschiedener Freiheit. Alle die in ihrem Durchsichtigkeit und rhythmischem Leichtigkeit ziemlich geselligen Ensembles gelangen sehr gut und unterdrücken nirgends die dramatische Lebendigkeit; der Chor war daneben gleichfalls, auch in der Nuancierung, recht auffallend und trug das Seinige zu der musikalisch so interessanten und gelungen

Diese Frage wird mit Entschiedenheit zu Gunsten des letzteren beantwortet, und schließlich heißt es: „Schon haben die bisherigen Erfolge die Socialdemokraten kühn gemacht, schon sind in verschiedenen Städten des Reiches blutige Zusammenstöße mit Polizei und Militär vorgesessen. Das sind Warnungen für die Zukunft! Wie würde Handel und Wandel leiden, wie würde aller Werth an Grund und Boden und an Papieren sinken, wenn weitere Siege die Socialdemokraten noch selbstbewusster machen sollten!“

Wenige Tage vor der Wahl hieß es in einem Aufruf des Berliner socialdemokratischen Organs, in dem Auslande horche man begierig auf den Triumf der deutschen Arbeiterbataillone und schaue mit Spannung auf den Ausgang der Entscheidungsschlacht im dem großen Befreiungskriege des Proletariats. Und kaum haben die Socialdemokraten am 20. Februar ihre überraschende Ausbreitung im deutschen Vaterlande gezeigt, da jubeln die Franzosen und hoffen auf einen Erfolg des deutschen Reiches und rechnen auf den socialdemokratischen Umsturz.

Deutsche Wähler, noch ist nicht alles verloren, noch ist es Zeit, Säumer abzuwenden. Aber das bedeutet:

Durch jede weitere Wahl eines Socialdemokraten wird die Gefahr des gewaltigen Umsturzes nähergerückt!

Deutsche Wähler! Ihr habt bei den Stichwahlen eine ungeheure Verantwortung zu vertreten. Das bedeutet und macht es mit eurem Gewissen ab! Die Socialdemokraten verbreiten Flugblätter mit dem Feldgesetze:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Mit demselben Feldgesetze rückte die Mordbande vor hundert Jahren in der großen französischen Revolution ins Land, und welche Schreckenstage, welche Grüne Blute waren das wahre Ende dieser Phrase!

Deutsche Wähler, wenn Ihr auch Ursache zu haben glaubt, mit einer oder der anderen Maßregel im deutschen Vaterlande nicht einverstanden oder unzufrieden zu sein, lasst heute alle kleinen Bedenken zurücktreten, denkt, daß Ihr einen gerechten Kaiser habt und daß redliche Männer ihn umgeben, die nach besten Kräften das Wohl des Vaterlandes fördern. Denkt an Eure Kinder, denkt an die Zukunft Eurer Familie und des deutschen Vaterlandes und wählt nicht socialdemokratisch!

Das ist gewiß sehr schön gesagt und geeignet, manches ängstliche Gemüth in Sütern und Jagen zu versetzen. Aber — es wird jetzt nichts so heftig gegessen, wie es gekocht wird, und die „Conserv. Correspondenz“ glaubt selbst nicht daran, was sie hier geschrieben hat. Den schlagenden Beweis dafür liefert sie selbst, indem sie an einer anderen Stelle derselben Nummer die Instruction giebt:

„Mit den Stichwahlen tritt mehrfach die Frage an unsere Parteigenossen heran, ob sie sich entschließen können, für einen Freisinnigen einzutreten, um die Wahl eines Socialdemokraten zu verhindern. Die Gleichartigkeit der Mittel, mit denen die genannten beiden Parteien den Wahlkampf geführt haben, macht es, auch abgesehen von anderen Erwägungen, begreiflich, daß man in conservativen Kreisen im allgemeinen den Unterschied zwischen der Bedeutung des Wahlsieges eines Freisinnigen oder eines Socialdemokraten für nicht so erheblich hält, daß man Grund zu haben glaubt, sich für ersteren zu bemühen. Ein Eintreten für den Socialdemokraten halten wir allerdings unter allen Umständen für ausgeschlossen. Beifällig des Freisinns dürfte es sich empfehlen, die Angelegenheit unter rein äußerlichen Gesichtspunkten zu behandeln, d. h. nur da für einen freisinnigen Kandidaten einzutreten, wo ein conservativer Kandidat auf eine gleichwertige Gegenleistung zu rechnen hat.“

Das ist der Proklamation von Wahlenthaltung bei freisinnig-socialistischen Stichwahlen so ähnlich wie ein El dem anderen. Da nun aber Wahlenthaltung in manchen Fällen gleichbedeutend ist mit Sicherung des socialistischen Sieges, so ist diese Parole auch weiter nichts als ein indirektes Eintreten für den Socialisten, das direkte Gegentheil der obigen „bürgerlichen“ Parole, die sofort in der Versenkung verschwindet, wenn dadurch etwa dem verhafteten Freisinn geholfen werden könnte. Wir haben es ja schon gesehen, wie es die Herren Conservativen in Königsberg machen, die durch ihr Verhalten den Wahlkreis den Socialisten ausliefern werden. Auch in Berlin empfiehlt die conservative Gesamtvertretung ihren Gesinnungsgenossen bei den Berliner Stichwahlen zwischen Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten (also im 2., 3. und 5. Berliner Reichstagswahlkreise) sich der Stimmabgabe zu enthalten.

Also auch hier fürchtet man sich vor der „mit jeder weiteren Wahl eines Socialdemokraten näherrückenden Gefahr des gewaltigen Umsturzes“ nicht und läuft die Maske. Nun — Gott sei Dank haben sich die Freisinnigen auch nicht zu fürchten und sie werden ihre Berliner Mandate wohl auch ohne die Conservativen zu behaupten wissen. Aber zu wundern werden sich diese Herren jedenfalls nicht brauchen, wenn die Freisinnigen ihrerseits an anderen Stellen sagen, „wie du mir, so ich dir“, von Rücksichten anderer Art ganz abgesehen.

Das nationalliberale Central-Wahlcomittee dagegen hat, wie den „Humb. Nachr.“ aus Berlin telegraphiert wird, beschlossen, seinen Freunden überall in den betreffenden Wahlkreisen zur Unterstützung der Freisinnigen gegen die Socialisten zu raten, gleichviel, ob von freisinniger Seite Gegenleistung zu erwarten ist oder nicht. Es kommt nur darauf an, ob dieser Theorie die Praxis entsprechen wird. Uns drängt sich hierbei die Erinnerung an das Verhalten der Nationalliberalen im Jahre 1884 in Berlin, Magdeburg, Gotha etc. immer von neuem wieder auf.

Die Stichwahlparole der Socialdemokraten.

Das Centralwahlcomittee der socialdemokratischen Partei, unterzeichnet von Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer, hat einen Aufruf für die Stichwahlen erlassen, welcher besagt:

Die Partei ist in der Lage, in einer großen Zahl anderer Wahlkreise, in denen gegnerische Parteien eingegangen haben, den Ausschlag geben zu können.

Der Parteidtag in St. Gallen beschloß, für diese Fälle die Stimmabhaltung zu empfehlen.

Alein wie sich die Lage unter der Herrschaft der Cartellmehrheit und durch den Antrag der verbündeten Regierungen auf Verewigung des Sozialistengesetzes gestaltet hat, erachten wir es im Interesse der Partei für absolut notwendig, soweit es in unserer Macht liegt, zu verhindern, daß sich im künftigen Reichstage eine Mehrheit für das Ausnahmegesetz zusammenfindet.

Unsere Lösung muß daher sein:

Nieder mit den volksfeindlichen Cartells!

Fest mit den Bewegwirken des Sozialistengesetzes!

Unter diesen Umständen fordern wir unsere Parteigenossen auf, für den Kandidaten derjenigen gegnerischen Partei zu stimmen, welcher die bindende Erklärung abgibt, im Falle seiner Wahl

1. gegen jedes, wie immer geartete Ausnahmegesetz,
2. gegen jede Verhörfähigung der Strafgesetze,
3. gegen jede Verhüllung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zu stimmen.

Weigert sich ein Kandidat, diese Erklärung abzugeben, so ist unter Angabe der Gründe öffentlich zur Wahlenthaltung unserer Genossen aufzufordern.

Parteigenossen!

Wir geben Euch diese Lösung nicht, weil wir Gegenparteien von anderen Parteien erwarten, — sondern doch bereits ein Theil der gegnerischen Presse die Verbindung der gesamten bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie, und in Breslau ist bereits in diesem Sinne ein Bündnis zwischen Freisinn und Cartell abgeschlossen — nein, wir handeln auch bei dieser Parole, wie unser Parteinteresse und das öffentliche Wohl uns zu handeln gebieten. Frisch auf zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

Dresden, 22. Februar 1890.

Das Central-Wahlcomittee der socialdemokratischen Partei.
Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister, Singer.

Die Ausgewiesenen.

In der Wahlbewegung haben die aus Berlin, Hamburg und Leipzig Ausgewiesenen die größte Rolle gespielt. Wir wollen nicht hervorheben, daß Bebel und Liebknecht aus Leipzig, Singer aus Berlin ausgewiesen ist. Die kleinen aus Berlin ausgewiesenen Führer haben namenlich in der Provinz Brandenburg eine vom größten Erfolg begleitete Agitation für die Partei entwickelt. Der Vergolder Ewald hat schon vor längerer Zeit seinen Aufenthalt in Brandenburg genommen; heute kommt er in dem Wahlkreis in die Stichwahl; Dresdner Tabert, viel genannt in dem Prozeß Thring-Mahlow und dann aus Berlin ausgewiesen, setzte sich in Luckenwalde fest; heute wurden in dem Wahlkreis für Tabert 7845 Stimmen abgegeben, für Aropatscheck (cons.) 7373, für Langenbacher (freil.) 5063; und dahin war in dem Wahlkreis von der Socialdemokratie wenig zu spüren. Altmann Lüke, aus Berlin ausgewiesen, hat in Köln mächtig für die socialdemokratische Propaganda gearbeitet; heute steht er in der Stichwahl. Brezel, aus Spremberg ausgewiesen, steht ebenfalls zur Stichwahl in einem Wahlkreise der Provinz Brandenburg. Diese Ministrarbeit der „Ausgewiesenen“ ist auch ein Symptom des schigen Wahlkampfes. — Ein herrlicher Beweis für die vorjährige Wirkung des Sozialistengesetzes — zu Gunsten des Wachstums der Socialdemokratie.

Zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Nachdem sich die einzelnen Bundesstaaten über den Umfang der zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung bestimmten Organe, der Versicherungsanstalten, theils allein, theils unter einander schlüssig gemacht haben und ihre Anträge dem Bundesrat unterbreitet worden sind, ist es, schreiben die offiziellen „pol. Nachr.“, unabweislich, daß die Organisation dieses Arbeiterversicherungsweises in nicht ferner Zeit ihren Abschluß finden wird, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Vorschläge der Einzelstaaten nach dieser Richtung im Bundesrat auf Schwierigkeiten stoßen sollten. Es bliebe dann lediglich noch eine auf die Organisation bezügliche Frage offen, nämlich die, wie die Pensions-, die Anwartschaftskassen etc. sich zu den ihnen im Gesetz vom 22. Juni 1889 gestellten Alternativen verhalten, ob sie von der ihnen im § 7 gewährten Besugnis, als selbständige Kassen fortzubestehen, Gebrauch machen oder ob sie sich unter den § 36 stellen und als sogenannte Ju-liquitätskassen fortbestehen wollen. Im ersten Falle wäre allerdings immer noch die Zustimmung des Bundesrates und auf Seiten des letzteren eine Prüfung und Entscheidung über die Sicherheit der einzelnen Kassen notwendig. Jedoch eine baldige Entscheidung dieser Kassen, die, falls sie vom § 7 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes Gebrauch machen wollen, einen bezüglichen Antrag beim Bundesrat stellen müssen, wäre jedenfalls wünschenswert.

Nachdem der von den Einzelstaaten festgesetzte Umfang der Versicherungsanstalten die Genehmigung des Bundesrates erhalten haben wird, wird an die Landesregierungen die Verpflichtung herantreten, verschiedene ihnen im Gesetz übertragene Aufgaben bezüglich der inneren Ausgestaltung der Versicherungsanstalten der Lösung entgegenzuführen. Dazu gehören in erster Reihe die Bestimmung über den Sitz der Versicherungsanstalten und, falls die Versicherungsanstalten bezüglich Versicherungsanstalten sich nicht über das Staatsgebiet erstrecken, die Genehmigung des Statuts dieser Anstalten. Soweit die Statuten der Versicherungsanstalten nicht durch die Landesregierungen erledigt werden, ist die Genehmigung derselben dem Reichsversicherungsamt übertragen. Es verlaufen übrigens vor einiger Zeit, daß das Reichsversicherungsamt ein Normalstatut für die Versicherungsanstalten ausarbeiten würde. Ein solches Vorgehen würde die Arbeiten auf diesem Gebiete folgen zu urtheilen, die das genannte Reichsamt mit dem Normalstatut für die Berufsgenossenschaften bei der Unfallversicherung erreicht hat, von den segensreichen Folgen begleitet sein. Es dürften denn auch die Vorarbeiten hierfür bereits eingeleitet sein.

Im englischen Unterhause zeigte gestern der Liberale Morley an, daß Gladstone den von dem ersten Lord des Schatzes angekündigten Resolutionsantrag betreffend die richterliche Parnell-Kommission durch einen Antrag bekämpfen werde, in welchem er erklären würde, daß es Pflicht des Hauses sei seine Verantwortung der falschen, gegen Abgeordnete und besonders gegen Parnell auf Grund von Verleumdung und Fälschung erhobenen Anklagen großster und abschaulicher Art zu verzeichnen, und in welchem neben der Genugthuung über die Bloßlegung dieser Verleumdungen erklärt würde, daß das Haus das durch die flagrante Bosheit jugefügte Unrecht und die dadurch verursachten Leid und Verluste bedauere.

In der französischen Deputirtenkammer stand gestern auf der Tagesordnung die Berathung des Antrages Baubins betreffend die Amnestie der in Folge der Strikes verurteilten Arbeiter. Der Bericht des Comités beschloß die Abweitung des Antrages. Moreau (Socialist) bekämpfte den Beschluss und appellte an das Gerechtigkeitsgefuhl der Kammer. Der Berichterstatter Heil d'Offeil erwollte, die Amnestie könne augenblicklich durch nichts gerechtfertigt werden, die Begnadigungsakte dürften nicht periodisch werden, da sie sonst einer Unterdrückung der Gerechtigkeit gleichkämen. Da Moreau auf seiner Anstellung des Comitésbeschlusses bestand, erklärte der Justizminister Thevenet, daß nur Vergehen gegen das Gemeinrecht nicht begnadigt werden seien. Moreau behauptete, es handele sich darum, die Opfer des Hungers, diejenigen, welche Anspruch auf Lebensunterhalt machen, zu begnadigen; wenn die Regierung heute streng sei, könne sie morgen nicht mild sein. Der Antrag Baubins wurde schließlich mit 325 gegen 190 Stimmen abgelehnt.

Am Sonntag, 24. Februar, brachte die Regierung eine Erklärung ab, welche die Ausnahmegesetze zusammenfindet.

Nieder mit den volksfeindlichen Cartells!

Fest mit den Bewegwirken des Sozialistengesetzes!

Unter diesen Umständen fordern wir unsere Parteigenossen auf, für den Kandidaten derjenigen gegnerischen Partei zu stimmen, welcher die bindende Erklärung abgibt, im Falle seiner Wahl

1. gegen jedes, wie immer geartete Ausnahmegesetz,
2. gegen jede Verhörfähigung der Strafgesetze,
3. gegen jede Verhüllung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts zu stimmen.

Weigert sich ein Kandidat, diese Erklärung abzugeben, so ist unter Angabe der Gründe öffentlich zur Wahlenthaltung unserer Genossen aufzufordern.

Parteigenossen!

Wir geben Euch diese Lösung nicht, weil wir Gegenparteien von anderen Parteien erwarten, — sondern doch bereits ein Theil der gegnerischen Presse die Verbindung der gesamten bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie, und in Breslau ist bereits in diesem Sinne ein Bündnis zwischen Freisinn und Cartell abgeschlossen — nein, wir handeln auch bei dieser Parole, wie unser Parteinteresse und das öffentliche Wohl uns zu handeln gebieten. Frisch auf zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen!

Dresden, 22. Februar 1890.

Das Central-Wahlcomittee der socialdemokratischen Partei.
Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister, Singer.

Deutschland.

J. Berlin, 24. Februar. Göcker hat soeben seinen treuesten und begabtesten Jünger, Freund und Mitarbeiter verloren, den alten Pastor an der hiesigen Sophien-Gemeinde Walter Burckhardt. Derselbe hatte erst das 26. Lebensjahr erreicht. Er hatte hier Urlaub genommen, um nach Siegen zu fahren und dort für seinen Meister Göcker Wahlreden zu halten. Da wurde er in einem kleinen Städtchen, wo er eben seine agitatorische Thätigkeit beginnen wollte, vor 14 Tagen von einem äußerst heftigen Gelenkrheumatismus ergriffen; zu diesem trat schließlich ein Herzleiden hinzu, das ihn heute früh hinwegraffte. Das Göcker'sche „Volk“, dessen Hauptmitarbeiter er gewesen, widmet ihm einen schwungvollen Nachruf, nach dem seine Gesinnungsgenossen sehr viel von ihm erwartet haben. Er scheint auch eine starke agitatorische Kraft gewesen zu sein. Das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit und Christenthum hervorgegangen ist.“

Burckhardt hat schon mit 21 Jahren ein geistliches Amt in Pest bekleidet. „Dann wurde er als Inspector an die Berliner Stadtmission berufen und lernte dort den Mann, der ihm Vorgesetzter, Lehrer und Vorbild zugleich war, lieben und verehren, wie selten ein Mann den anderen geliebt und verehrt hat. Nur einen Wunsch noch kannte er seitdem: Göckers Werk forschzen.“

So das „Volk“ sagt u. a.:

„Die Vereine deutscher Studenten betrauen in ihm den Größten, der bisher aus der herrlichen Aufhäuser-Bewegung mit ihrer Verschmelzung von Deutlichkeit

Bei dem Titel „Laubstummenanstalt zu Marienburg“ regt der Abg. Döhring die Verlängerung des Cursus von 6 auf 8 Jahre an, woraus Landesdirector Jäckel einer Vergrößerung der Anstalt wegen mangelnder Mittel widerspricht. Bei dem Titel „Unterbringung von Spülspülchen“ regte Oberpräsident v. Leipzig an, daß ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei, bessere Fürsorge für diese Uglischen zu treffen. Landesdirector Jäckel steht mit, daß der Provinzial-Ausschuß die Sache erwogen habe und wegen einer Vermehrung der Freistellen in der Anstalt Carlshof bei Rastenburg in Unterhandlung stehe. Sollte sich das nicht erreichen lassen, so würde sich die Provinz zur Errichtung einer eigenen Anstalt entschließen müssen. Abg. Damme hat für die Unterbringung der Uglischen voll Sympathie, findet es aber traurig, daß in unserer Provinz alles der Provinzial-Verwaltung überlassen bleibe. Er würde es mit Freude begrüßen, wenn, wie in anderen Provinzen, auch bei uns diese Sache von der freien Vereinstätigkeit in die Hand genommen würde. — Bei dem Titel „Immobiliar-Feuer-Societät“ regt Abg. Döhring an, die Versicherung auch auf Mobilien auszuwehnen, doch wird gegen diesen Vorschlag von verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben.

Da in Folge der Ueberfüllung der beiden Provinzial-Irenanstalten Neustadt und Schwedt 35 Anträge auf Annahme unheilbarer, meist recht gefährlicher Patienten haben abgelehnt werden müssen, so hat der Provinzialausschuß darauf bedacht sein müssen, diesem Notstande abzuwenden. Da es nicht angebracht erschien, eine dritte Irenanstalt zu errichten, und die Vornahme von Erweiterungsbauten in der Anstalt zu Schwedt nicht angänglich ist, so ist beschlossen worden, die Anstalt Neustadt zu erweitern. In Übereinstimmung mit dem Leiter der Anstalt, Hrn. Director Dr. Arnsperg, hat es der Provinzialausschuß für zweckmäßig erachtet, zwei neue Lazarethgebäude zu errichten, in welchen 60 körperlich kranke Irre aufnahmen finden können. Bei der alsdann ermöglichten stärkeren Belegung der übrigen Anstaltsgebäude wird die Irenanstalt zu Neustadt für 500 Geisteskranken hinreichend Raum gewähren. Der Bau und die Ausrüstung der beiden Lazarethgebäude ist auf 89 700 Mk. veranschlagt. Die Vorlage wurde ohne Debatte angenommen.

In Folge eines Abkommens zwischen der Provinzialverwaltung und dem Reichsverband der Klein-Schweizer Niederung hat der letztere sich gegen eine Entschädigung bereit erklärt, die Errichtung des Dammes der Altm.-Terespeler Provinzialstaufz zu übernehmen und gegen eine weitere Zahlung von 14 634 Mk. den Abbruch einer gegenwärtig an dieser Chaussee liegenden entbehrlich gewordenen Fußbrücke und die Zuschüttung der Brückenöffnung auszuführen. Da dieses Abkommen für die Provinz günstig erscheint, so beantragt der Provinzial-Ausschuß dem Reichsverband die Summe von 44 634 Mk. zu zahlen. In derselben Weise wurde auch die Aufnahme der Anleihe genehmigt.

Um die Provinzial-Abgaben, die bereits von 6,5 Proc. der direkten Staatssteuern im laufenden Etatjahr auf 9,8 Proc. gestiegen sind, nicht noch mehr zu erhöhen, schlägt der Provinzial-Ausschuß zur Deckung der vorerwähnten außerordentlichen Ausgaben von 134 334 Mk. vor, eine Anleihe von 120 000 Mk. aufzunehmen. Müßte dieser Betrag durch Steueraumlagen aufgebracht werden, so würden die Provinzial-Abgaben in dem laufenden Jahre 11,9 Proc. der direkten Staatssteuern betragen. Der Ausschuß er sucht ferner den Landtag um die Ermächtigung, diese Summe aus der Anleihe von 5 000 000 Mk., deren Aufnahme im vergangenen Provinzialantrage beschlossen worden ist, entnehmen zu dürfen. Auch diese Vorlage gelangt debattiert zur Annahme. Desgleichen eine Vorlage betreffend die Deckung des aus dem Etatjahr 1888/89 verbliebenen Defizits von 34 349 Mk. durch die Einnahmen des nächsten Etatjahrs.

Es folgte ferner die Beratung einer Reihe von Spezialabgaben der Provinzial-Anstalten, welche in einer einzmaligen Lesung festgestellt wurden, und zwar:

Iwangversteigerung.
Die Iwangversteigerung der früher Maesserschen Grundstücke Böhmlin Blatt 4 und 17 und die auf den 26. und 27. März 1891 anberaumten Termine werden aufgehoben. (9152)

Danzig, den 20. Februar 1890.
Königliches Amtsschreiter XI.

Bekanntmachung.

Linkuhnen-Geddenburger Entwässerungs-Derband.

Die Lieferungen und Arbeiten zum Bau von zwei massiven Schleulen in Betrichen und Gr. Marienwalde u. L. Los II. Erdarbeiten, Zimmerarbeiter einschl. Lieferung des Materials und Maurerarbeiten einschl. Werksteine, Platten, Balk und Gran. Los II. Lieferung von 281 mille Ziegelseilen. Los III. Lieferung von eisernen Schleusenhörnern fallen nach den Baustellen gelöst zur Vergabe gelangen.

Die dieter Auszeichnung zu Grunde gelegten Submissions-Bedingungen, die allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen nebst Angebots-Formular sind je nach Los III von dem Unterzeichneten gegen porto- und bestellgebührlos Einführung von 1,30 M. Schreibabdrück zu beziehen. Die Zeichnungen liegen im Bureau desselben zur Einsicht aus.

Angebote sind briefmäig ver- schlossen, mit der Ausdruck: „An- gebot zum Schleusenbau“ verleihen bis zu dem Sonnabend, den 15. März d. J., Donnerstag 12 Uhr, in meinem Bureau hierelbst abzuhalten. Eröffnungstermine vorstrei eingezogen. (8880)

Zulassungstritt 10 Tage.

Neukirch. Ostr. 17. Febr. 1890.

Dortsemahl.

Freiwilliger Verkauf.

Die Befestigung des Gutsbesitzers Herrn Klein in Br. Stargard, befindet sich aus ca. 300 Morgen unmittelbar an der Stadt gelegen, nur guten Ländereien und wohligem Flukwiesen nebst herrschaftlichem Wohnhaus und Wirtschaftsgebäuden, welche ich unterzeichnete.

Montag, den 3. März

von Vormittag 10 Uhr

im Hotel des Herrn Lößelholz

im Ganzen oder nach Belieben

der Herren Häuser in Parcellen verkaufen, wou Häuser eingeladen werden. Die Kaufbedingungen werden günstig gestellt.

Ganz besonders werden Häuser auf das herrschaftliche Wohnhaus und Garten, dienten für Rentiers aufgestellt.

Leopold Godt.

Danzig, Fleischergasse Nr. 75.

Große Auction
Hintergasse Nr. 16.

Freitag, den 28. Febr. Vorm. 10 Uhr, werde ich im Auftrage meien Vertrags einen gut erhaltenen Möbiliar, für mehrere Zimmer reichend, circa 20 Delgemälde, 2 antike Spindeln mit Schnitzerei, 1 antikes Glasalpind und 1 antike Uhr versteigern, wou einlaube.

A. Collet,

Königl. gerichtl. vereidigter Taxator

und Auctionator. (9155)

Parfumeur-Chemiker, k. belg. Hofst.-Lieferant.

L. Leichner,

Parfumeur-Chemiker, k. belg. Hofst.-Lieferant.

Leichner's Fettspuder

und

Leichner's Hermelin-(Fett-)Puder.

Diese berühmten Fabrikate werden in den höchsten Kreisen und von den ersten Künstlerinnen mit Vorliebe angewendet. Sie geben dem Gesicht ein jugendlich schönes, blühendes Aussehen, haften unsichtbar und haben erst kurzlich wieder die goldene Medaille in Melbourne erhalten. — Zu haben in der Fabrik: Berlin, Schützenstr. 31 und in allen Parfumerien. Nur leicht verschlossenen Dosen, auf deren Boden Firma und Schutzmarke eingeprägt ist. Man verlange stets: Leichner's Fettspuder.

L. Leichner,

Parfumeur-Chemiker, k. belg. Hofst.-Lieferant.

Leichner's Fettspuder.

